



MALXE BLATT



mit Herz und Schnauze

5 / 2010

DIE LINKE. -Zeitung für Forst und Umgebung

1. Mai – wir sind dabei!

Wie jedes Jahr war auch in diesem Jahr der Max-Seydewitz-Platz Zentrum der kleinen Maiveranstaltung, die von Mitgliedern der Gewerkschaft, von Vereinen und Parteien gestaltet wurde.

Ein kleines Kulturprogramm und das gute Wetter belohnten die Besucher. Für das leibliche Wohl wurde ebenfalls gut gesorgt, und auch die Kinder hatten ihren Spaß.

Nun ist das jedoch kein Tag wie jeder andere, sondern ein Tag mit einem politischen Hintergrund, der mit dem Recht auf Arbeit zu tun hat. Deshalb standen in der Rede des Gewerkschaftsvertreters von Verdi, dem Kollegen Franke, der Mindestlohn, Dumpinglöhne und Leiharbeit im Mittelpunkt.

Diese Themen konnten auch im Anschluss an den verschiedenen Ständen diskutiert werden.

Nur schade, dass wiederum andere Veranstaltungen, wie z. B. die Eröffnung des Rosengartens, zeitgleich mit der Maiveranstaltung stattfanden. Die Stadtverwaltung als Initiator derselben scheint sich daran nicht zu stören.

Der Sinn und die Bedeutung dieses Tages sind aber aufgrund der anstehenden Probleme auf dem Arbeitsmarkt größer denn je. Vergessen wir das nicht!!!

*Anke Schwarzenberg
Ortsvorsitzende DIE LINKE*



Am 19. April wählte der Kreistag einen neuen Landrat. Nachdem bei der Direktwahl nicht genügend Bürgerinnen und Bürger zur Wahl gegangen waren, mussten die Abgeordneten

nun wieder selbst entscheiden.

Im Vorfeld gab es viele Gerüchte, Gespräche und Verhandlungen. Am Ende gab es ein Ergebnis, mit dem viele nicht gerechnet hatten. Der Kandidat der CDU, Harald Altekrüger, gewann mit 25 zu 23 Stimmen gegen Andreas Petzold von der SPD. Der langjährige Landrat Dieter Friese war in der ersten Wahlrunde mit nur acht Stimmen ausgeschieden. Seine eigene Partei hatte ihn nicht wieder aufgestellt, weil verschiedene Abgeordnete aus unserer Partei, aber auch aus der SPD ihn nicht unterstützen wollten. Der überraschende Sieg von Altekrüger erinnert irgendwie an 1993. Damals

Knapp daneben ist auch vorbei

war Dieter Friese in ein eigentlich aussichtsloses Rennen gegen die CDU gegangen und hatte sensationell gewonnen. Die Arbeit des abgewählten Landrats in den vergangenen 16 Jahren war so schlecht nicht. Der Spree-Neiße-Kreis hat sich im Rahmen seiner Möglichkeiten als Berlin ferne Region ganz gut entwickelt und Friese hat daran durchaus seinen Anteil. Leider ist er kein besonders guter Taktiker, wer immer erst Türen eintritt und danach anklopfen will, macht sich nicht gerade beliebt. Ich hätte mit Friese als Landrat noch einige Jahre leben können, andere konnten das nicht.

Vor der Wahl wurden die Kreistagsmitglieder mit freundlichen und weniger freundlichen Briefen bedacht, in denen ihnen die verschiedensten Wahlentscheidungen nachdrücklich ans Herz gelegt wurden. Es ist schon erstaunlich, welche Äußerungen ein solcher Wahlakt manch-

mal hervorruft. Angeblich hat ein Landrat kaum Macht, aber dies scheint wohl doch etwas an der Realität vorbeizugehen.

Dieser Posten ist nicht nur gut bezahlt, er öffnet auch viele Türen, die gewöhnlich Sterblichen eher verschlossen bleiben. Man sollte die Bedeutung auch in der regionalen Presse nicht kleinreden. Der Vorteil in einer Demokratie ist aber, dass Posten und Ehren immer nur auf Zeit verliehen werden. Nach 16 Jahren vergisst man das manchmal.

Die SPD und DIE LINKE hatten vor der Wahl eine Kooperationsvereinbarung geschlossen, in der sich unsere Partei bereit erklärte, die Wahl von Andreas Petzold zu unterstützen. DIE LINKE sollte dann ein Vorschlagsrecht für den oder die erste Beigeordnete haben. Das öffentliche Papier wurde interessanterweise durch die Medien nicht zur Kenntnis genommen.

➤ S. 2

Knapp daneben ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Leider haben beide Parteien im Kreistag zusammen nur 23 Stimmen und damit nicht die notwendige absolute Mehrheit. Durch die Kandidatur von Petzold, der damit nicht wahlberechtigt war, waren es dann sogar nur 22 Stimmen. Die Aufgabe der SPD war es also, mit anderen Fraktionen die notwendige Mehrheit für ihren Kandidaten zu erreichen. Richtig wäre es gewesen, eine weitere Fraktion in die Kooperation einzubeziehen. Dies ist aber nicht geschehen. Wer am Ende nun die ausschlaggebenden Stimmen abgegeben hat, ist nicht bekannt. Klar ist aber, dass die zwei NPD-Stimmen eine maßgebliche Rolle gespielt haben. Für

die demokratischen Parteien im Parlament ist dies mit Sicherheit keine ehrenvolle Angelegenheit.

Die Suche nach den Schuldigen begann natürlich gleich nach der Wahl. Sie wird ohne Erfolg bleiben. In unserer Fraktion versichern alle Mitglieder, im entscheidenden Wahlgang Petzold unterstützt zu haben. Wir hatten auch keinen Grund, etwas anderes zu tun. Der neue Landrat hat im ersten Interview seine parteilichen Präferenzen charakterisiert. Er will sich neben seiner eigenen Partei vor allem auf die FDP und die Freien Bürger stützen, danach kommt dann die SPD. Für DIE LINKE bleibt wahrscheinlich die Oppositionsrolle. Die beherrschen wir ganz gut, aber Opposition muss auch wieder erlebbar gemacht werden. Klare politische Orientierung

müssen auch deutlich artikuliert werden. Daran fehlt es in unserer Kreisfraktion seit längerer Zeit. Ein CDU-Landrat im Kreis und eine Rot-Rote Landesregierung verlangen nach neuen Ideen und Konzepten. Riesige Haushaltsdefizite im kommunalen Bereich verengen politische Handlungsräume. Es geht darum, Lösungsvorschläge zu entwickeln, die es ermöglichen, in unseren Städten und Dörfern gleichwertige Lebensverhältnisse zu sichern. Wenn allein die Höhe von Steuereinnahmen in den Orten über deren Zukunft entscheidet, dann geht diese Region harten Zeiten entgegen, egal ob der Landrat von der CDU oder der SPD gestellt wird.

Ingo Paeschke,
Kreistagsabgeordneter

Schorschels Stadtgeflüster

»Mit Euch, Herr Doktor, [in Forst] zu spazieren, ist ehrenvoll und ist Gewinn« – Congratulation, Dr. Faustus, äh Dr. Goldschmidt und

Hallöchen liebe malxeblattverliebten Leser!

Möge doch unserem frischgebackenen Doktor ein Licht auf und dasselbe auf dem Marktplatz in Forst angehen. Denn zur Zeit sieht es wirklich so aus, als hätte Mephisto seine Hand im Spiel, wenn man am Abend unseren Markt mit dem hübschen Kirchlein im Dunkeln liegen sieht. Also, wer eine über

vierhundertfuffzigseitige Doktorschrift im zweiten AV schafft, dem muss doch mehr gelingen, als wieder nur ein Parkplatz, auch wenn er noch so hübsch als gestaltete Freifläche bezeichnet wird (Hochstraße ick hör Dir trapsen)! Und er sollte sich beeilen, denn nachdem Deutschland nicht nur am Hindukusch, sondern nun auch auf der Peloponnes verteidigt werden muss, bleibt nicht mehr viel Zeit (und Geld), und wer weiß, was unserer selbsternannten blaugelben Freiheitsstatue mit seiner schwarzen Koalition noch einfällt. Apropos einfallen, wäre es nicht schön, wenn den Vertretern des staatlichen Schulamtes mal einfallen würde, an unsere Kinder und nicht nur ans Geld bei ihren Entscheidungen zu denken, und sie Mut zum Handeln beweisen – oder brauchen wir erst wieder eine friedliche Revolution!?

Euer Schorschel

Verweis auf Lebensmitteltafel ist gesetzeswidrig

**Werden vom Eigenbetrieb Grund-
sicherung für Arbeitsuchende des
Landkreises Spree-Neiße gegenüber
ALG-II-Empfängern Sanktionen
verhängt, wird vonseiten der Verwal-
tung häufig auf die Lebensmitteltafel
verwiesen, damit der Betroffene sei-
nen Lebensunterhalt sichern kann.**

Diese Praxis ist gesetzeswidrig. Die Leistungen des Eigenbetriebes Grund-
sicherung für Arbeitsuchende dienen der Sicherstellung eines menschenwürdigen Lebens. Diese Sicherstellung ist eine verfassungsrechtliche Pflicht des Staates, die unabhängig von den Gründen der Hilfebedürftigkeit besteht.

Vor diesem Hintergrund ist es unzulässig, einem unstreitig mittellosen Hilfeempfänger aus letztlich pädagogischen Gründen Gutscheine für Lebensmittel zu verweigern. Unzulässig ist es aber auch, den Hilfsbedürftigen in einer solchen Situation zu einer Lebensmitteltafel zu schicken. Lebensmitteltafeln sind ein staatliches hilfeergänzendes Angebot, basierend auf dem Grundsatz ehrenamtlichen Engagements. Sie sind nicht dazu da, damit staatliche Verantwortung für die Sicherung des Exis-

tenzminimums auf sie abgewälzt wird. Dies leitet sich bereits von den »Tafel-Grundsätzen« ab und wurde vom Sozialgericht Bremen im Urteil S 26 AS 528/09 ER bestätigt, das in der Urteilsbegründung auf das Urteil 1BvR 569/05 des Bundesverfassungsgerichts vom 12.05.2005 verweist.

In der aktuellen Rechtsprechung wird in diesem Zusammenhang immer wieder auf die Würde des Menschen verwiesen.

Uwe Neuer, AG Soziales

Wer kann helfen?

Liebe Leserinnen und Leser, vielleicht haben Sie auch schon die aktuelle Fenstergestaltung in unserer Geschäftsstelle gesehen. Wir wollen das gerne fortsetzen und sind dabei auf Ihre Mitarbeit angewiesen. Dabei geht es um zwei Dinge:

1. Wir suchen ständig Bilder und Dokumente aus der Zeit von 1945 bis 1955 – von und über Forst.
2. Wer einmal sein Hobby in Wort, Bild und wenn möglich mit Gegenständen darstellen will, ist dazu ebenfalls gern eingeladen. Interessenten melden sich bitte in der Geschäftsstelle.

Klarstellung

Die Diskussion um die Verkehrsberuhigung rund um die Kirche trägt schon seltene Früchte. Vor allem dann, wenn genau die Abgeordneten, die für eine Verkehrsfreigabe auch für Busse waren und noch vor wenigen Wochen einen Umbau der Kurven in der Umfahrung wegen der Beengtheit einforderten, sich heute öffentlich dagegen aussprechen.

Für die Vertreter der LINKEN im Stadtparlament trifft das nicht zu! Sie waren immer für die verkehrsberuhigte Variante, aber eben in der Minderheit. Mal sehen, was eine neue Abstimmung im Stadtparlament für Varianten und Mehrheiten bringt.

Heinz-Peter Bischoff
Fraktionsmitglied »DIE LINKE«

Götterdämmerung über der Akropolis

»Wer rettet uns vor den bösen griechischen Abzockern, die immer nur faul in der Sonne liegen, frühzeitig in Rente gehen und Europa heftig belogen haben?«

So jedenfalls scheint es zu sein, wenn man der Zeitung mit den vier großen Buchstaben und anderen selbsternannten Fachleuten glauben schenkt.

Wer einmal in Griechenland war, weiß, dass dies alles grober Unsinn ist. Die Lebensverhältnisse in diesem Land sind oft schwieriger als in Deutschland. Wenn bei uns z. B. ein Rentner mit 500 € im Monat auskommen muss, zählt er zu den Armen und Bedürftigen, die gleiche Summe aber gilt als griechische Durchschnittsrente und stellt nun plötzlich eine ungeheuerliche Frechheit gegenüber den anderen Mitgliedsstaaten der Eurozone dar. Löhne und Gehälter sind ebenfalls niedriger als bei uns. Bei den Preisen dagegen sind die Differenzen viel geringer. Auch in Griechenland herrscht Kapitalismus, und der hat in den letzten

zwanzig Jahren vor allem die Reichen noch reicher gemacht. Das Land ist nur wenig industrialisiert und lebt vor allem vom Tourismus und der Landwirtschaft. Innerhalb der EU ist Griechenland ein Entwicklungsland. Natürlich hat die Mitgliedschaft in der Europäischen Union dem Land genutzt. Dies ist ja gerade der Sinn des vereinten Europa. Es geht nicht nur um Geld, sondern um 65 Jahre Frieden und Sicherheit, Freundschaft und Gemeinsinn. Leider haben die griechischen Regierungen der vergangenen Jahrzehnte eine fatale Finanzpolitik betrieben, aber hatten wir das nicht gerade erst? Die größte Finanzkrise seit 1929 hat die Weltwirtschaft schwer beschädigt, und es waren die großen Banken und Ratingagenturen, die mit ihren unvorstellbaren Spekulationen viele Menschen in existenzielle Nöte gestürzt haben. Es sind die gleichen Saubermänner, die heute Griechenland in den Staatsbankrott stürzen wollen. Damit wäre die Zukunft Euro-

Spruch des Monats

»Jeder sollte sich einmal mit den Augen des Nachbarn sehen.«

Petit-Senn

pas wirklich gefährdet. Griechenland braucht unsere Solidarität. Die Vergabe von Krediten kann das Land finanziell retten, und dieses Geld wird dann mit fairen Zinsen auch nach Deutschland zurückfließen. Wenn in Zukunft solche Krisen wirksam verhindert werden sollen, dann bedarf es einer europäischen Finanzpolitik, die den großen Banken endlich Zügel anlegt, damit sie mit ihrer wirtschaftlichen Macht nicht Gesellschaften stürzen können.

Übrigens, wer etwas für ein besseres Meinungsbild in unseren Medien tun will, sollte die Zeitung mit den vier großen Buchstaben öfter mal in Laden liegen lassen. Das ist die einzige Sprache, die in den Chefetagen wirklich verstanden wird.

Ingo Paeschke

Haushaltsanträge der LINKEN im Land Brandenburg

Voraussetzung einer engagierten Politik für Gemeinsinn und Erneuerung im Lande ist eine Finanzpolitik mit Courage und Augenmaß. Es ist uns gelungen, gemeinsam mit der SPD für 2010 einen Landeshaushalt vorzulegen, der trotz krisenbedingt sinkender Steuereinnahmen und trotz der Belastungen durch die Politik der Bundesregierung die Finanzierung aller zentralen Vorhaben des Koalitionsvertrages gewährleistet und dennoch den verfassungsmäßig erlaubten Rahmen für die Aufnahme neuer Schulden nicht ausschöpft.

Darüber hinaus haben wir es geschafft, noch erhebliche Verbesserungen in Einzelpositionen festzuschreiben und damit z. B. die Priorität für Bildung zu untermauern. Dazu gehören die 50 Prozent mehr zur Finanzierung der musischen Bildung an den Musikschulen. Des Weiteren bleibt der Landesjugendplan die Grundlage für die Jugendförderung, die außerschulische Jugendbildung, die internationale Jugendarbeit und die Jugendverbandsarbeit – das Finanzierungsniveau konnte nicht nur beibehalten werden, sondern eine maßvolle Erhöhung aufgrund der tariflichen Anpassungen konnte realisiert werden. Für den Weiterbildungsbereich wurden die Mittel um 300.000 Euro aufgestockt, um die Grundversorgung zu sichern und dem tatsächlichen Bedarf anzupassen. Diese Erhöhung war dringend erforderlich, da die Zuwendungen für den Weiterbildungsbereich seit Jahren stagnierten. All diese Maßnahmen führen auch zu einer Verbesserung der finanziellen Situation der Gemeinden, Städte und Landkreise.

Auf unsere Initiative hin gibt es im Landshaushalt erstmals seit 2002 wieder einen Titel für entwicklungspolitische Projektforderung.

Mit der Vorlage der Mittelfristigen Finanzplanung hat die Landesregierung einen klaren Rahmen gesteckt. Trotz schwierigster Rahmenbedingungen wollen wir schrittweise die Neuverschuldung bis 2014 auf Null zurückführen, um die Verschuldungsspirale zu beenden.

Der Grundsatz von Courage und Augenmaß wird damit aber nicht außer Kraft gesetzt, sondern gewinnt noch an Bedeutung. Das zeigen die Haushaltswerte für 2011. LINKE und SPD halten darin unbeirrt an den Prioritäten des Koalitionsvertrages fest, da sie das Land

zukunftsfähig machen wollen. Wir wollen alle Möglichkeiten ausschöpfen, um Kofinanzierungen von EU- und Bundesmitteln zu erhalten.

Die Fraktion hat sich für eine Personalbedarfsplanung stark gemacht, die wieder Nachwuchsstellen und Einstellungskorridore für Spezialisten vorsieht. Beginnend mit diesem Jahr handelt es sich um insgesamt 170 Nachwuchskräfte und 767 Stellen für Spezialfachkräfte. Die Zahl der Ausbildungs- und Anwärterstellen wurde ebenfalls erhöht: Im Jahr 2010 gibt es 1 542 Ausbildungsstellen in der Landesverwaltung. So wird nach mehr als fünf Jahren wieder für die Steuerverwaltung und für den Strafvollzug ausgebildet.

Christian Görke

Finanzpolitischer Sprecher

Vereinsfrühstück

Am Sonntag, dem 25.04. 2010, haben wir Vertreter zahlreicher Vereine aus Forst und dem Umland zu einem »Kleinen Frühstück« in unsere Geschäftsstelle eingeladen. Mit dieser Einladung wollten wir mit unseren Gästen ins Gespräch kommen, unsere Meinung zu städtischen Problemen austauschen und gemeinsame Interessen entdecken und festigen. – Wenn wir auch in kleiner Runde blieben, gab es interessante Gespräche. Wir werden diese besondere Art von Treffen fortführen, allerdings nicht mehr an einem Sonntag.



Anke Schwarzenberg, Ortsvorsitzende DIE LINKE

Newsletter

DIE LINKE fordert Abzug der Bundeswehr

Als Grund für den Krieg in Afghanistan wird immer wieder vorgebracht, dass die Rechte der afghanischen Frauen geschützt werden müssen. Gregor Gysi machte in seiner Erwidrerung auf die Regierungserklärung zum Afghanistan-Krieg deutlich, dass dies ein vorgeschobenes Argument ist:

Wenn das oben Genannte der Maßstab für Kriege ist, dann müssten wir doch wohl in Uganda einmarschieren wegen der Kindersoldaten, in Bangladesch wegen der Säureattentate auf junge Frauen, in Kenia wegen der Genitalverstümmelung von Mönchen, im Iran wegen der Hinrichtung von Oppositionellen, in Saudi-Arabien wegen der Verweigerung demokratischer Rechte, insbesondere für Frauen, und in viele andere Länder auch. DIE LINKE lehnt den Krieg ab und fordert den Abzug der Bundeswehr noch in diesem Jahr.

CDU/CSU garantiert NPD Parteienprivileg Bayerns Innenminister Herrmann und DGB-Vorsitzender Sommer fordern ein Verbot der NPD. Dazu erklärt Petra Pau, Mitglied im Vorstand der Fraktion DIE LINKE und im Innenausschuss:

Das erste Verbotverfahren ist gescheitert, weil das Bundesverfassungsgericht nicht mehr unterscheiden konnte, welche Vorwürfe gegen die NPD originär von deren Mitgliedern

oder von staatlich hofierten V-Leuten stammten. Aktuell bedeutet das: So lange der Bund und die unionsregierten Länder sich weigern, die V-Leute innerhalb der NPD abzuschalten, so lange garantiert die CDU/CSU der verfassungsfeindlichen NPD das Parteien-Privileg. *Berlin, den 3. April 2010*

**Schwarz-Gelb ist ein Gefahren-Symbol
Anlässlich der Menschenkette in Berlin für einen schnellen Atomausstieg erklärt Petra Pau:**

Überfällig und möglich ist eine weltweite Solar-Wende. Wer dabei Zeit verschwendet, verschwendet Energie, Sicherheit und Zukunft. Das Gefahren-Symbol für nukleare Katastrophen ist Schwarz-Gelb. Es kann kein Zufall sein, dass CDU/CSU und FDP dasselbe Markenzeichen eint.

Berlin, den 10. April 2010

Der weite Weg entschuldigt Euer Säumen – nicht

Verdi-Chef Frank Bsirske hat ein Ende der Tarifunterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland angemahnt. Dazu erklärt Petra Pau, Mitglied im Vorstand der Fraktion DIE LINKE:

Spät kommt Ihr, aber Ihr kommt. Doch der weite Weg entschuldigt Euer Säumen – nicht.

20 Jahre lang halfen die (meisten) Gewerkschaften der CDU/CSU, der SPD, der FDP und den Grünen, aus Ostdeutschen Deutsche zweiter Klasse zu machen. Das ist bei Tarifen ebenso wie bei Renten. Allen Einheitsreden zum Hohn.

Berlin, den 4. April 2010

PINNWAND

Termine

in der Geschäftsstelle Berliner Straße 22
Di., 25.05., 18:30 Uhr: **Ortsvorstandssitzung**
Mi., 02.06., 18:30 Uhr: **Sitzung Stadtfraktion**
Mo., 07.06., 18:30 Uhr: **AG Malxe-Blatt**
Mi., 09.06., 18:30 Uhr: **AG Soziales**
Di., 15.06., 18:30 Uhr: **Sitzung Stadtfraktion**

Bitte vormerken!

14. Juni 2010, 18 Uhr,
Stadthaus Cottbus
**Auftakt zur
Programmdebatte
mit
Prof. Dr. Michael Brie.**

Alle sind
herzlich eingeladen!

Rat

Die FDP rät zu sensiblem Umgang mit Steuerändern. In Zukunft solle die Regierung mitteilen, wer auf der Steueränder-CD drauf ist, damit sich niemand unnötigerweise anzeigt.

Ove Lieh

Geburtstage

29.05.: 64 Jahre Elke Krätsch
10.06.: 67 Jahre Erhard Kunick
20.05.: 79 Jahre Hans-Joachim Lapuhs

*Herzlichen Glückwunsch unseren Jubilaren,
auch all jenen, die hier nicht genannt sind!*

Die Bankenabgabe

... ist längst kein Thema mehr. Weltweit sollen die Steuerzahler bereits für 5.000.000.000.000 (fünf Billionen Dollar) für die Banken abgeben. Weil das nicht reicht, gibt's den Dispo. *Michael Garling*

Rechtsberatung zu Hartz IV

RA Michael Elte berät **am 14. Juni** ab 10 Uhr
in der Geschäftsstelle der LINKEN, Berliner Straße 22

Terminvereinbarung telefonisch oder persönlich
jeweils Di. und Do. von 14 bis 17 Uhr, ☎ (03562) 69 34 34 oder 78 52.

Beratungsgebühr zwischen 5 und 10 €.

Impressum: Herausgeber: Ortsvorstand Forst DIE LINKE
Redaktion: »AG Malxe-Blatt« beim Ortsvorstand Forst DIE LINKE
V. i. S. d. P.: Anke Schwarzenberg

Kontaktadresse: Berliner Straße 22, 03149 Forst
Telefon (0 35 62) 78 52, Fax 65 07
oder im

Die Finanzierung des »Malxe-Blattes« wird durch Spenden unterstützt. Bei Überweisungen:
Sparkasse Spree-Neiße, Kto.-Nr. 3 305 102 780, BLZ 180 500 00, Verwendungszweck: »Malxe-Blatt«

Internet: www.dielinke-lausitz.de
E-Mail: forst@dielinke-lausitz.de

Wenn Sie das »Malxe-Blatt« gelesen haben, geben Sie es bitte an Nachbarn oder Freunde weiter.